

An (ausschreibende Stelle)
 Stadt Dortmund
 - Vergabe- und
 Beschaffungszentrum-
 Viktoriastraße 15

 44135 Dortmund

Name und Anschrift des Bieters

Bindefrist endet am: **28.12.2026**

Angebotsfrist:

Datum: **23.10.2026**

Uhrzeit: **20:00 Uhr**

Angebot

Baumaßnahme Hospitalstraße/ Grundstraße	Vergabenummer B553/26
Angebot für Straßenbau	In Dortmund

1. Mein/Unser Angebot umfasst:

1.1 folgende beigefügte Unterlagen

- Leistungsbeschreibung mit den Preisen und den geforderten Erklärungen,
- alle weiteren nach der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots (211) geforderten und soweit erforderlich ausgefüllten Anlagen, die diesem Angebotsschreiben beigefügt sind (vgl. 211 Abschnitte C und D).

1.2 folgende nicht beigefügte Unterlagen

- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016,
- Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C), Ausgabe 2016,
- alle weiteren in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots angegebenen Anlagen, die bei mir/uns verbleiben können (vgl. 211 Abschnitt B).

2. Ich bin /Wir sind

Mitglied der Berufsgenossenschaft	unter Nr.
-----------------------------------	-----------

Bieter, die Ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, geben den für sie zuständigen Versicherungsträger an.

3. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind,
- in den letzten 2 Jahren nicht
 - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind, oder

- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden bin/sind,
- die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
- kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde
- mein/unser Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet
- dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen.

4.

- 4.1 ☐ Ich bin/Wir sind für die zu vergebende Bauleistung präqualifiziert und im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:

Name:	PQ Nummer:

☐ Ich bin/Wir sind kleines oder mittleres Unternehmen – KMU – (< 250 Beschäftigte und ≤ 50 Mio Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio Jahresbilanzsumme). Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.

5. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- alle Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
- den vertraglichen Verpflichtungen gemäß meinen/unseren Angaben in der Anlage „Vertragsbedingungen und Verpflichtungserklärung zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ordnungsgemäß nachkommen werde/n.
- nur Holz gemäß den in der „Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten“ benannten Variante verwende/n.

6. Ich/Wir biete/n die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben wie folgt an:

6.1 Hauptangebot keine Vergabe nach Losen	Endbetrag einschl. Umsatzsteuer (ohne Nachlass)	Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme ¹
Summe Angebot	€	%
6.2 Nebenangebote zum Hauptangebot	Anzahl:	
6.3 Der Preisnachlass des Hauptangebotes wird auch auf etwaige Nebenangebote gewährt.	☐ Nein	

An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

¹ Die Preise im Leistungsverzeichnis sind ohne den hier einzutragenden Nachlass anzugeben. Wird an dieser Stelle ein Nachlass eingetragen, so wird dieser zusätzlich von der sich aus den eingetragenen Einheitspreisen in der Leistungsbeschreibung rechnerisch ergebenden Angebotssumme abgezogen! siehe auch Nr. 3.7 der Teilnahmebedingungen

7. Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- ein nach der Leistungsbeschreibung ggf. zu benennender Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter über die nach den „Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen; geeigneter Koordinator (Konkretisierung zu § 3 BaustellV) (RAB 30)“ geforderte Qualifikation verfügen, um die nach Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
- ich/wir jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitteile/n

Ich/Wir habe/haben das den Ausschreibungsunterlagen beiliegende Informationsschreiben zum Datenschutz (Anlage I) zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum, Firmenstempel und Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB bzw. mit der fortgeschrittenen oder qualifizierten elektronischen Signatur gelten das Angebot und alle damit eingereichten Unterlagen als unterschrieben. Auf die Regelungen des Formblatts „Verfahrensregelungen zur Form der Einreichung elektronischer Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote“ wird verwiesen.

Anlage 1 zum Formblatt 213:

Einverständniserklärung zur Verwendung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung der Daten erfolgt zum Teil im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Ferner werden die Daten für die Auftragsverarbeitung, sowie für statistische Zwecke mit Auftragsbezug herangezogen. Daten von Bietern, die nicht den Zuschlag erhalten, werden nicht öffentlich bekannt gemacht.

Auf Ihre Rechte auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO), Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) und Widerspruch (Art. 21 DS-GVO) wird hingewiesen.

Das Recht auf Widerspruch gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 gegenüber einer öffentlichen Stelle besteht gemäß § 14 DSG NRW nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Hinweis:

Eine ausführliche Datenschutzerklärung der Stadt Dortmund finden Sie auf unserer Website unter www.dortmund.de

Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten

Das in Holzprodukten (einschließlich Papier und Karton) verarbeitete Rohholz muss nachweislich aus legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammen. Der Nachweis ist vom Bieter durch Vorlage eines Zertifikates des PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes), des FSC (Forest Stewardship Council) oder durch gleichwertige Siegel, Zertifikate oder Nachweise, wie technische Unterlagen des Herstellers oder Prüfberichte anerkannter Stellen, zu erbringen.

- ☐ Ich werde keine Holzprodukte verwenden.
- ☐ Ich werde Holzprodukte verwenden, die nach FSC und/oder PEFC zertifiziert sind.
- ☐ Ich werde Holzprodukte verwenden, die aus legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammen und den Nachweis der Gleichwertigkeit, d.h. der Übereinstimmung des Zertifikats mit den für das jeweilige Herkunftsland geltenden Standards von FSC oder PEFC, durch entsprechende Siegel, Zertifikate oder Nachweise, wie technische Unterlagen des Herstellers oder Prüfberichte anerkannter Stellen nachweisen.
- Ich werde diesen geprüften Nachweis zu dem von der Vergabestelle verlangten Zeitpunkt vorlegen.

Vertragsbedingungen und Verpflichtungserklärung zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Ich erkläre / Wir erklären¹:

– Zutreffendes bitte ankreuzen –

1. Anwendbarkeit

Im Unternehmen sind in der Regel mehr als 20 Arbeitnehmer / -innen beschäftigt.

Hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten gilt, dass alle Vollzeitbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten nach Köpfen (also nicht umgerechnet in Vollzeit-Äquivalente) und auch alle 538-Euro-Kräfte mitzuzählen sind. Lediglich Auszubildende gelten nicht als Beschäftigte. Verfügt somit ein Bieterunternehmen im Zeitpunkt der Angebotsabgabe über lediglich 20 oder weniger Beschäftigte, erschöpft sich die abzugebende Information in eben dieser Angabe.

Zur Festlegung der Unternehmensgröße ist die Definition der Betriebsstätte nach § 12 Abgabenordnung zugrunde zu legen.

- ☐ Ja, mehr als 20 Beschäftigte, weiter mit 2.
- ☐ Nein (es sind keine weiteren Angaben erforderlich).

2.

2.1 Unternehmensgröße

Im Unternehmen sind in der Regel beschäftigt:

- ☐ über 500 Beschäftigte

(Es sind mindestens vier der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).

- ☐ über 250 bis 500 Beschäftigte

(Es sind mindestens drei der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).

- ☐ über 20 bis 250 Beschäftigte

(Es sind mindestens zwei der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).

2.2 Maßnahmenkatalog zur Frauenförderung oder Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In meinem/unserem Unternehmen wird/werden für die bei der Abwicklung diesen öffentlichen Auftrages eingesetzten Mitarbeiter/-innen folgende Maßnahme/-n umgesetzt:

¹ Die bei der Durchführung dieses Auftrages eingesetzten Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften sind nicht verpflichtet, Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie umzusetzen.

- ☐ Untersagung und Unterbindung eines Verhaltens verbaler und nicht-verbaler oder physischer Art, welches bezweckt oder bewirkt, dass weibliche Beschäftigte lächerlich gemacht, eingeschüchtert, angefeindet oder in ihrer Würde verletzt werden,,
- ☐ explizite Ermutigung von Frauen sich zu bewerben, wenn im Betrieb Ausbildungs- und Arbeitsplätze in männerdominierten Berufsbereichen zu besetzen sind,
- ☐ Berücksichtigung von weiblichen Auszubildenden bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zumindest entsprechend ihrem Ausbildungsanteil,
- ☐ Befragung von Beschäftigten zu ihren Arbeitszeitwünschen, Auswertung einschließlich Einleitung von Umsetzungsschritten betreffend ihrer Tätigkeit,
- ☐ Angebot von Teilzeitarbeit oder flexiblen Arbeitszeitmodellen als Maßnahme zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- ☐ Entwicklung und Umsetzung von Modellen vollzeitnaher Teilzeitarbeit für die Beschäftigten,
- ☐ Einrichtung bzw. Ausbau von Telearbeit für die Beschäftigten,
- ☐ Einrichtung von Eltern-Kind-Zimmern für die Beschäftigten,
- ☐ Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuungs- und Pflegemöglichkeiten,
- ☐ Angebot betrieblich organisierter Kinderbetreuung,
- ☐ Zahlung eines Kinderbetreuungszuschusses,
- ☐ Angebot von Ferienprogrammen zur Überbrückung der Betreuungslücke für Kinder berufstätiger Eltern in Kindergarten- bzw. Schulferien,
- ☐ Unterstützung von Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen durch individuelle Betreuung und Hilfeleistung oder Abschluss einer Vereinbarung einer Familienpflegezeit,
- ☐ Kontakthalteangebote, Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblicher Fortbildung, zu Vertretungseinsätzen und Rückkehrvereinbarungen für Beschäftigte in Elternzeit,
- ☐ Bereitstellung von innerbetrieblichen Paten und Patinnen für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger,
- ☐ Überprüfung der Entgeltgleichheit im Unternehmen mit Hilfe anerkannter und geeigneter Instrumente,
- ☐ Analyse der Entwicklung der Leistungsvergütung in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht,
- ☐ Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Frauen für ein betriebliches Praktikum, insbesondere in den männerdominierten Berufen sowie
- ☐ Angebot spezieller Bildungsmaßnahmen für Frauen, die diese auf die Übernahme von höherwertigen und leitenden Positionen vorbereiten.

2.3 Ausnahmen (ggf. anzugeben)

Ausnahmsweise kann der öffentliche Auftraggeber, nach entsprechendem Vortrag des Bieterunternehmens, von ergänzenden Ausführungsbestimmungen zur Frauenförderung bzw. der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, absehen. Hierbei handelt es sich um besonders zu begründende Einzelfallentscheidungen. Bieterunternehmen haben nachfolgend insoweit die Möglichkeit, die zu berücksichtigenden Gründe für die Nichtdurchführbarkeit entsprechender Maßnahmen darzustellen. Der öffentliche Auftraggeber prüft den vorgetragenen Sachverhalt auf Plausibilität.

Sofern ein Bieter durch Zuschlag bereits zur Durchführung oder Einleitung von Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet wurde, kann er sich hierauf bei der Angebotsabgabe um weitere öffentliche Aufträge zwölf Monate lang nach dem Tag des Zuschlags berufen. Die Maßnahmen der Frauenförderung oder der

Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu deren Durchführung oder Einleitung sich das Unternehmen verpflichtet hat, müssen ordnungsgemäß umgesetzt worden sein. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers hat der Bieter die Durchführung oder Einleitung der umgesetzten Maßnahmen zu belegen.

- ☐ Ich/wir werden keine weiteren der im Maßnahmenkatalog zu 2.2 genannten Maßnahmen anbieten, da mein/unser Unternehmen in den letzten 12 Monaten bereits durch Zuschlag zur Umsetzung von Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familien verpflichtet worden ist. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers werde/-n ich/wir die Durchführung oder Einleitung der Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor Zuschlagserteilung nachweisen.
- ☐ Ich/wir haben bereits alle der im Maßnahmenkatalog zu 2.2 genannten Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familien durchgeführt oder eingeleitet. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers werde/-n ich/wir die Durchführung der umgesetzten Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachweisen.
- ☐ Ich/wir sind aus nachfolgend aufgeführten objektiv belegbaren Gründen nicht in der Lage, bei den im Rahmen der Durchführung dieses öffentlichen Auftrags eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Maßnahmen der Frauen- und Familienförderung durchzuführen.

Angabe der Gründe (ggf. gesonderte Anlage verwenden):

- ☐ Für mich/uns ist die Durchführung oder Einleitung von Maßnahmen der Frauen- oder Familienförderung im Hinblick auf das Volumen des öffentlichen Auftrags und/oder der Anzahl der konkret mit dem öffentlichen Auftrag eingesetzten Mitarbeiter im Verhältnis zum Gesamtumsatz des Betriebes und/oder der gesamten Belegschaft des Betriebes unverhältnismäßig und unzumutbar.

Erläuterungen (ggf. gesonderte Anlage verwenden):

3. Weitere vertragliche Verpflichtungen

Die durchgeführten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind zum Zwecke der Überprüfbarkeit vom Auftragnehmer zu dokumentieren. Diese Dokumentation muss mindestens enthalten:

1. die Bezeichnung der ausgewählten Maßnahmen,
2. Angaben zu Art und Umfang der geplanten Durchführung oder Einleitung der jeweiligen Maßnahmen,

3. Angaben des Zeitpunktes der Einleitung sowie des Zeitpunktes der voraussichtlichen oder tatsächlichen Durchführung der jeweiligen Maßnahmen,
4. Angaben zu den Auswirkungen und der Nachhaltigkeit der Wirkung der Maßnahmen, insbesondere
 - a) zur Anzahl der von der jeweiligen Maßnahme betroffenen Beschäftigten in Relation zur Gesamtanzahl der im Unternehmen Beschäftigten,
 - b) Zeitpunkt der Einleitung bzw. die Dauer der Durchführung der Maßnahmen und,
 - c) ob die Maßnahme über die Dauer der Durchführung des öffentlichen Auftrags im Betrieb weiter angeboten beziehungsweise fortgeführt wird.

Die Dokumentation der durchzuführenden bzw. eingeleiteten Maßnahmen ist mindestens ein Jahr aufzubewahren und im Unternehmen zu veröffentlichen. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers ist diese in einem weiteren Vergabeverfahren vorzulegen.

Ich/Wir erkläre/-n mich/uns darüber hinaus im Fall der konkreten Auftragsdurchführung mit folgenden Verpflichtungen einverstanden:

- Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers weise/-n ich/wir die Einhaltung der übernommenen vertraglichen Verpflichtungen in geeigneter Form nach.
- Ich/Wir werde/-n die durchgeführten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Zwecke der Überprüfbarkeit² dokumentieren und im Betrieb bekanntgeben.
- Für jeden schuldhaften Verstoß der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen aus dieser Verpflichtungserklärung gilt eine Vertragsstrafe als vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

Mir/Uns ist bekannt, dass Falschangaben im Rahmen dieser Erklärung oder Verstöße gegen darin übernommene Verpflichtungen zu einer außerordentlichen Kündigung durch den Auftraggeber führen können.

² Die schriftliche Dokumentation soll die Bezeichnung der ausgewählten Maßnahmen, Angaben zu Art und Umfang der geplanten Durchführung oder Einleitung der jeweiligen Maßnahmen, zum Zeitpunkt der Einleitung sowie zum Zeitpunkt der voraussichtlichen oder tatsächlichen Durchführung der jeweiligen Maßnahmen und zu den Auswirkungen und der Nachhaltigkeit der Wirkung der Maßnahmen enthalten. Die Aufbewahrungsfrist beträgt 12 Monate.

Anlage Wertung und Zusätzliche Vertragsbedingungen – Berücksichtigung eines Klimafaktors

Für die Umsetzung klimafreundlicher Maßnahmen wird im Rahmen der Angebotswertung ein Klimafaktor von bis zu 20 % der Angebotssumme berücksichtigt. Der Klimafaktor wird für die Angebotswertung als monetärer Wertungsvorteil von der Angebotssumme in Abzug gebracht.

Dieser Klimafaktor wird gewährt für alle Maßnahmen des Auftragnehmers in diesem Auftrag, die klimaschonender sind, als die herkömmliche Ausführung. Dies kann die alternative Verwendung von klimaneutral bzw. klimaschonend produzierten Baustoffen und Recyclingbaustoffen betreffen, aber auch klimaschonende Maßnahmen im Herstellungsprozess, im Rahmen der allgemeinen Unternehmenspolitik wie z.B. auf dem Bauhof des Auftragnehmers und sonstige innovative Möglichkeiten, soweit sie Auswirkungen auf die konkrete Leistungserbringung haben. Hierzu gibt es mehrere Qualitätsniveaus und innerhalb dieser auch verschiedene Möglichkeiten der Nachweisführung.

Möglichkeiten der Nachweisführung:

Im Folgenden werden die verschiedenen Qualitätsniveaus beschrieben. Die Nachweiserbringung für einzelne Kriterien der Qualitätsniveaus 1 und 2 kann dabei durch die nachstehend beschriebenen Zertifizierungen erfolgen. Bei den vorgeschlagenen Instrumenten handelt es sich exemplarisch um messbare Zertifizierungen. Alternative Zertifizierungen oder gleichwertige Nachweise sind ebenfalls zugelassen. Die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

Für die Nachweisführung für Qualität 3 wurde ein Fragebogen mit möglichen Kategorien und Nachweisen erstellt. Die Auflistung ist nicht abschließend, sondern kann durch eigene Themenfelder und auch durch alternative Nachweise ergänzt werden.

Zertifizierung über die CO₂-Performance Ladder/ CO₂-Leistungsleiter

Die CO₂-Performance Ladder stellt einen systematischen Nachweis dar, der vergaberechtlich vollständig die Einhaltung gewisser Kriterien und Vorgaben dokumentiert. Dieses Instrument wird bereits seit längerem in den Niederlanden und Belgien bei Beschaffungen erfolgreich eingesetzt. Eine Umsetzung in Irland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich erfolgt aktuell und auch in Dänemark wurde mit der Einführung begonnen.

Hauptziel der Ladder besteht darin, Unternehmen dazu zu motivieren, ihre CO₂-Emissionen genau zu analysieren und kontinuierlich nach Möglichkeiten zu suchen, diese Emissionen zu reduzieren – sowohl innerhalb des Unternehmens als auch in den jeweiligen Projekten. Die CO₂-Performance Ladder erfordert von den zertifizierten Unternehmen, dass sie nicht nur ihre aktuellen Emissionen offenlegen, sondern auch aktiv Maßnahmen ergreifen, um diese zu verringern.

Für die Nachweisführung bietet die Performance Ladder 2 Möglichkeiten.

- a) der Anbieter weist speziell auf Projektebene mit einer Projekterklärung nach, dass er (projektspezifisch) das Anspruchsniveau (und die darunter liegenden Niveaus) erfüllt, mit dem er sein Angebot abgegeben hat;
- b) der Anbieter verfügt über ein CO₂-Bewusstseins-Zertifikat. (**CO₂ Awareness Certificate**). Das CO₂-Bewusstseins-Zertifikat ist ein Nachweis für die Zertifizierung auf der Grundlage des Handbuchs 3.1 CO₂-Leistungsleiter. Damit weist der Anbieter nach, dass die gesamte Organisation auch bei den von ihr durchgeführten Projekten CO₂-bewusst handelt, wobei die Niveaus des Zertifikats und des Zuschlagskriterium vergleichbar sind.

Die CO₂-Performance Ladder unterteilt sich dabei in beiden Varianten in 5 Niveaus.

In beiden Fällen muss der Anbieter die Einhaltung des Zuschlagskriterium CO₂-Performance Ladder innerhalb eines Jahres nach der Auftragsvergabe und dann jährlich während der gesamten Laufzeit des Projekts nachweisen. Bei kurzfristigen Projekten muss die Einhaltung des Zuschlagskriterium CO₂-Leistungsleiter nach Abschluss des Projekts nachgewiesen werden.

Im Rahmen der Wertung wird berücksichtigt, auf welcher Stufe/welchem Niveau der CO₂-Performance Ladder die Einstufung erfolgt. Die Höhe des Wertungsvorteils je nach Niveau ist der beiliegenden Wertungstabelle zu entnehmen.

Weitergehende Informationen zur CO₂-Performance Ladder, zum Zertifizierungsverfahren und Zertifizierungsstellen findet man unter: www.co2performanceladder.com

Zur Gewährung des Wertungsvorteils ist das **CO₂ Awareness Certificate** mit dem Angebot einzureichen.

360°-Check der Handwerkskammer

Der 360°-Check der Handwerkskammer Dortmund bietet eine umfassende Bewertung der Nachhaltigkeitspraktiken eines Unternehmens, basierend auf den 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen. Diese ganzheitliche Analyse berücksichtigt sowohl betriebliche Prozesse als auch die Einhaltung von Umweltstandards und die Verwendung nachhaltiger Materialien. Der Check unterstützt Unternehmen dabei, ihre Nachhaltigkeitsstrategien tiefgehend zu evaluieren und zu optimieren.

Zur Gewährung des Wertungsvorteils für den 360°-Check ist die Teilnahmebescheinigung „Nachhaltigkeit im Handwerk 360°“ der Handwerkskammer mit dem Angebot einzureichen.

Der 360°-Check wird mit der Zertifizierung nach Stufe 1 der CO₂-Performance Ladder gleichgesetzt.

Für Unternehmen, die sowohl eine Zertifizierung der CO₂-Performance Ladder, als auch den 360°-Check nachweisen können, wird kein weiterer Wertungsvorteil für den 360°-Check gewährt.

Weitergehende Informationen zum 360°-Check, zum Zertifizierungsverfahren und Zertifizierungsstellen findet man unter: www.hwk-do.de/unternehmensberatung/nachhaltigkeit-profitieren-sie-vom-kostenfreien-check/

ÖKOPROFIT

Auszeichnung zum Ökoprofit-Betrieb

Ökoprofit unterstützt Unternehmen dabei, Betriebskosten zu senken und gleichzeitig die Umwelt zu schonen. Dabei bietet das Projekt flexible Lösungen unabhängig von Größe und Branchenzugehörigkeit des Betriebs. Es hat sich seit Jahren auch in Dortmund als Einstieg in ein Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement bewährt. Mit Angebotsabgabe ist die Auszeichnung zum Ökoprofit-Betrieb vorzulegen. Der Nachweis wird gleichgesetzt mit Stufe 2 der CO₂ Performance Ladder.

Unternehmensnetzwerk Klimaschutz

Das *Unternehmensnetzwerk Klimaschutz – Eine IHK-Plattform* vernetzt Unternehmen, die aktiv zum Klimaschutz beitragen und sich zukunftsfest aufstellen wollen. Das Netzwerk richtet sich insbesondere an kleinere Unternehmen und Mittelständler. Informations- und Qualifizierungsangebote begleiten auf dem Weg zur Klimaneutralität. Herz des Projekts ist eine digitale Plattform für den Austausch von Wissen, Erfahrungen und Best Practices. In Zusammenarbeit mit Industrie- und Handelskammern erfolgen Einstiegsberatungen, Webinare und die Qualifizierung von Auszubildenden zu Energie-Scouts.

Die Mitgliedschaft im Unternehmensnetzwerk Klimaschutz ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

Die Mitgliedschaft entspricht dem Qualitätsniveau 1.

Zertifizierung nach ISO 14001

Im Mittelpunkt der ISO 14001 steht der systematische Aufbau eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Dieser macht es Unternehmen und Organisationen jeder Art und Größe möglich, ihre Wirtschaftlichkeit und ihren Umweltschutz sowohl auf der betrieblichen Ebene als auch auf der Produktebene zu vereinen.

Dabei ist der Kerngedanke der DIN EN ISO 14001 die Förderung des Umweltschutzes, die Reduzierung von Umweltauswirkungen und somit die richtige Umsetzung von betrieblichen Umweltzielen. Als einziger zertifizierbarer Standard in diesem Bereich konzentriert sich die Norm

jedoch nicht nur auf die Auswirkungen auf das Ökosystem, sondern bezieht auch wirtschaftliche, politische und soziale Aspekte mit ein.

Mit Angebotsabgabe ist die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001 vorzulegen. Der Nachweis wird gleichgesetzt mit Stufe 2 der CO2 Performance Ladder.

Fragenkatalog Qualitätsniveau 3

Der beiliegende Fragenkatalog gibt Ideen zu Handlungsfeldern und der entsprechenden Nachweisführung.

Zur Gewährung eines Wertungsvorteils ist eine Beschreibung der sonstigen nachhaltigen Maßnahmen und Verhaltensweisen analog des Fragebogens, sowie die Vorlage von Nachweisen, die die nachhaltigere Umsetzung belegen, erforderlich. Die konkreten Anforderungen sind weiter unten unter Qualität 3 beschrieben.

Geeignete Dokumente zur Nachweisführung sind dem Fragenkatalog zu entnehmen. Die Aufzählung ist nicht abschließend, d.h. es können auch gleichwertige Nachweise übersandt werden.

Die Befassung mit dem Fragebogen dient als Arbeitshilfe für Qualitätsniveau 3.

Qualitätsniveaus:

Qualität 1:

Nachweis, dass das Unternehmen sich inhaltlich mit der Frage nach Potentialen zur nachhaltigen Leistungserbringung befasst und ein Bewusstsein für mögliche Maßnahmen und Verhaltensweisen entwickelt.

Qualität 2:

Umsetzung von Maßnahmen bzw. Umstellungen im Betrieb mit Bezug zur konkreten Auftragsdurchführung mit messbaren Ergebnissen im Bereich Ressourcenschonung, Einsparung von CO₂-Emissionen oder sonstigen messbaren Verbesserungen. Hinsichtlich der Abstufung wird sich an den Leistungsniveaus der CO₂-Performance Ladder orientiert.

Qualität 3:

Neben diesen prüfbaren Nachweisen, bzw. Zertifizierungen kann ein Wertungsvorteil gewährt werden für alle **sonstigen nachhaltigen Maßnahmen und Verhaltensweisen** des Auftragnehmers im Rahmen der Auftragsdurchführung.

Für konkrete nachhaltige Maßnahmen und Zielsetzungen ist mit Angebotsabgabe auf gesonderter Anlage darzulegen, welche Klimaschutzmaßnahmen und Alternativlösungen angeboten werden, warum hierdurch klimaschonender agiert wird (z.B. Materialwahl, Änderung in den Lieferketten, Einsparung von Wegen, Umstellung des Fuhrparks, klimaschonender Bauhof, frühzeitige Modernisierungen, Anschaffung Filter, Zertifizierungen, etc.) und gegenüberstellen wieso diese im Gegensatz zur herkömmlichen Vorgehensweise klimafreundlicher sind (z.B. CO₂ Ersparnis berechnen, Energiebilanzen).

Der Wertungsvorteil für Maßnahmen der Qualität 3 wird zusätzlich zu einem Wertungsvorteil der Qualitäten 1 und 2 gewährt.

Zur Gewährung des Wertungsvorteils sind prüfbare Nachweise mit Angebotsabgabe einzureichen. Geeignete Dokumente zur Nachweisführung sind dem Fragenkatalog zu entnehmen. Die Aufzählung ist nicht abschließend, d.h. es können auch gleichwertige Nachweise eingereicht werden.

Gewichtung des Wertungsvorteils:

Der Umfang des gewährten Wertungsvorteils ist abhängig von Art und Umfang der klimafreundlichen Maßnahmen. Die Gewichtung kann der beiliegenden Tabelle „Wertungstabelle Klimafaktor“ entnommen werden.

Die Prüfung, ob und in welcher Höhe Wertungsvorteile gewährt werden können, erfolgt anhand der Angaben des Bieters in der Wertungstabelle, einschließlich der mit einzureichenden zusätzlichen Konzepte und Nachweise.

Einzureichende und nachzureichende Unterlagen:

Mit Angebotsabgabe ist die „Wertungstabelle Klimafaktor“ ausgefüllt mit einzureichen. Angaben zum Fragebogen, ergänzende Erläuterungen oder Konzeptvorstellungen, sowie sonstige Nachweise (Zertifizierungen, Klimapässe, Bescheinigungen, etc.) sind als Anlage zum Angebot zu ergänzen. Wird die „Wertungstabelle Klimafaktor“ nicht oder nicht ausgefüllt mit eingereicht, besteht kein Anspruch auf Gewährung eines Wertungsvorteils. **Eine Nachforderung der „Wertungstabelle Klimafaktor“ erfolgt nicht.** Das Angebot verbleibt dann ggf. ohne Wertungsvorteil in der Wertung.

Die Anlagen (Angaben zum Fragebogen, ergänzende Erläuterungen, Konzeptvorstellungen, Zertifizierungen, Klimapässe, Bescheinigungen, etc.) sind in allen Qualitäten mit Angebotsabgabe einzureichen. Werden keine prüfbaren Unterlagen und Nachweise vorgelegt, kann in der jeweiligen Kategorie kein Wertungsvorteil berücksichtigt werden. **Eine Nachforderung von Anlagen erfolgt nicht.** Das Angebot verbleibt dann ggf. ohne Wertungsvorteil in der Wertung. Eine Aufklärung bezüglich der Maßnahmen in Qualität 3 ist möglich.

Bewertung und Überprüfung des Klimafaktors:

Die Überprüfung der Umsetzung und die Bewertung der erzielten Klimaerfolge erfolgt auch mit Unterstützung durch eine externe Begleitung, die seitens der Stadt Dortmund beauftragt wird. Bei den betroffenen Verfahren werden die eingereichten Nachweise und weitere erforderliche Angebotsinhalte diesem Partner im Rahmen der Angebotswertung zur Prüfung übermittelt. Auch im Rahmen der Auftragsdurchführung wird im Einzelfall die Umsetzung der angebotenen Maßnahmen durch diesen externen Partner überprüft und evaluiert. Dem Unternehmen ist daher im erforderlichen Maß Einsicht in entsprechende Unterlagen zu gewähren. Benötigte Daten und Nachweise sind kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Mit Angebotsabgabe stimmen Sie der Evaluation der Maßnahmen und auch der Einsichtnahme eines beteiligten Dritten zu und stellen die benötigten Informationen zeitnah zur Verfügung.

Vertragsstrafen

Für die Überprüfung der Einhaltung behält sich der Auftraggeber vor auch während der Auftragsdurchführung Nachweise anzufordern und Kontrollen vor Ort durchzuführen.

Bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Falschangabe wird eine Vertragsstrafe in Höhe des im Rahmen der Vergabe gewährten Wertungsvorteils von der Gesamtsumme des Auftrages einbehalten.

Fragenkatalog Qualitätsniveau 3

Baustellenbezogene Maßnahmen

1. Haben Sie Maßnahmen zur Reduzierung von direkten Emissionen umgesetzt (z.B. Maschinen und E-Mobilität)?
 - *Nachweis: Dokumentation der installierten Systeme oder Maßnahmen.*

Maßnahmen bei der Fertigung/ im Betrieb

1. Beziehen Sie elektrischen Strom aus dem öffentlichen Netz?
2. Verwenden Sie erneuerbare Energien (z.B. Solar, Wind, Wasserkraft)?
 - *Nachweis: Verträge mit den Energieversorgern oder Herkunftsnachweise.*
3. Haben Sie Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz umgesetzt (z.B. LED-Beleuchtung, energieeffiziente Maschinen)?

Maßnahmen im Rahmen der Logistik

1. Führen Sie eine CO₂-Bilanz Ihrer Lieferkette durch?
 - *Nachweis: CO₂-Bilanzberichte oder Zertifikate der Lieferanten.*
2. Nutzen Sie Transportdienstleistungen für die Produkte oder Dienstleistungen.
 - *Nachweis: Transportrechnungen und CO₂-Berechnungen der Dienstleister.*
3. Haben Sie Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen in der Lieferkette umgesetzt (z.B. Kooperation mit klimafreundlichen Lieferanten, Optimierung der Logistik)?
 - *Nachweis: Vereinbarungen mit Lieferanten oder Berichte über Logistikoptimierungen.*

Maßnahmen im Rahmen von Vorfertigung/ Modulbau oder ähnlichem

1. Welche Maßnahmen zur Reduktion der direkten Emissionen planen Sie für das ausgeschriebene Produkt oder die ausgeschriebene Dienstleistung umzusetzen?
 - *Nachweis: Dokumentation der Maßnahmen und deren Effekte.*
2. Nutzen Sie erneuerbare Energien speziell für die Produktion des Produkts oder die Bereitstellung der Dienstleistung?
 - *Nachweis: Verträge mit Energieversorgern oder Herkunftsnachweise.*
3. Welche energieeffizienten Maßnahmen wurden speziell für die Produktion des Produkts oder die Dienstleistung umgesetzt?
 - *Nachweis: Projektdokumentationen und Rechnungen für energieeffiziente Technologien.*

Maßnahmen im Bereich Recycling

1. Welcher Anteil der verwendeten Materialien in dem Produkt ist recyceltes Material?
 - *Nachweis: Materialzertifikate oder Lieferantendokumentationen.*

Bei den benannten Nachweisen handelt es sich um Beispiele zur Nachweisführung. Alternative Nachweise sind ebenfalls zugelassen, sofern sie gleichwertig zu den benannten Nachweisen sind.

Wertungstabelle: Wertungsvorteil Klimafaktor

Kategorie	Unterkategorie	Zertifikate bzw. Anlagen beigelegt	Berücksichtigung in der Wertung/ maximaler Wertungsvorteil in % der Angebotssumme	Wertungsvorteil IST (Eintragung der Vergabestelle)
Qualität 1:*				
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 1	☐	5%	Im Rahmen der Wertung wird der Wertungsvorteil für das höchste erfüllte Niveau berücksichtigt, d.h. max 5 %
360°-Check der HWK		☐	3%	
Unternehmensnetzwerk Klimaschutz		☐	3%	
Qualität 2:*				
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 2	☐	+ 2 %	Im Rahmen der Wertung wird der Wertungsvorteil für das höchste erfüllte Niveau berücksichtigt, d.h. max. 9 %, die benannten, alternativen Nachweise werden mit dem Niveau 2 gleichgesetzt, es erfolgt keine doppelte Berücksichtigung, maximal können in Qualität 2 9 % erreicht werden
Ökoprotit Auszeichnung	≈ Niveau 2	☐	+ 3 %	
DIN EN ISO 14001	≈ Niveau 2	☐	+ 3 %	
CO ₂ -Performance Ladder	Niveau 3	☐	+ 5 %	
	Niveau 4	☐	+ 7 %	
	Niveau 5	☐	+ 9 %	
Qualität 3:				
Sonstige nachhaltige Maßnahmen und Verhaltensweisen beispielsweise Fragebogen **		☐	bis zu 6 % Je Themenbereich werden max. 2 % Wertungsvorteil gewährt, jedoch insgesamt max 6 %. Die Ergänzung weiterer/ alternativer Themenbereiche ist zulässig.	
Wertungsvorteil insgesamt:			max. 20 %	%
* Zertifikate und Nachweise sind zur Berücksichtigung zwingend mit Angebotsabgabe vorzulegen				
** die konkrete Benennung der Maßnahmen, auf deren Grundlage ein Wertungsvorteil gewährt werden soll, ist auf gesonderter Anlage einzureichen. Ergänzend sind zur Berücksichtigung zwingend Nachweise und Berechnungen zum Nachweis der Umsetzung bzw. Auswirkung vorzulegen. Mehrere Themenfelder und die Möglichkeiten zur Nachweisführung werden exemplarisch im Fragenkatalog aufgeführt. Eine alternative Nachweisführung ist zulässig, soweit die Nachweise prüfbar sind und Rückschlüsse auf die erzielten Klimaerfolge geben können.				

Die Wertungssumme wird wie folgt ermittelt:

Angebotssumme netto
 abzüglich angebotenen Nachlass in %
 = Angebotssumme netto neu

Angebotssumme netto neu
 abzüglich Wertungsvorteil IST (Angebotssumme netto neu * X %)
 = Wertungssumme

Sofern keine Maßnahmen nach Qualität 1-3 angeboten werden, oder nicht die erforderlichen Nachweise und Zertifikate mit eingereicht werden, wird kein Wertungsvorteil berücksichtigt. Das Angebot verbleibt unter Berücksichtigung angebotener Nachlässe mit dem Angebotspreis in der Wertung.

Angebot zur Hochwertigen Wiederverwertung von Asphaltgranulat

Erklärtes Ziel der Stadt Dortmund ist es, die nachhaltige Ressourcenschonung von Gestein und dem aus Erdöl gewonnenen Bitumen zu fördern und die Recyclingquote in der hochwertigen Wiederverwendung von Ausbauasphalt deutlich zu erhöhen. Um dieses zu ermöglichen beinhalten die Ausschreibungen der Stadt Dortmund daher standardmäßig das schichtenweise Fräsen der Asphaltsschichten. In Abhängigkeit der jeweiligen Asphaltsschicht wird zusätzlich im Vergabeverfahren ein Wertungsvorteil für die prozentual höhere Asphaltgranulatmenge berücksichtigt.

Nebenangebote, die statt dem schichtweisen Fräsen der Asphaltsschichten schichtübergreifendes Fräsen der Asphaltsschichten beinhalten, sind ausdrücklich nicht zugelassen.

In Abhängigkeit der unterschiedlichen Asphaltsschichten werden Standardzugabemengen von Asphaltgranulat definiert. Wird darüber hinaus ein höherer Prozentsatz Asphaltgranulat angeboten, so wird im Vergabeverfahren ein Wertungsvorteil gewährt.

bituminöse Schichten	Standardzugabe Asphaltgranulat	Wertungsvorteil	wertbare Zugabe Asphaltgranulat	Wertungsvorteil
Deckschicht	0 %	0 %	20 %	10 %
Binderschicht	bis 20 %	0 %	40 %	10 %
Trag-/ Tragdeckschicht	bis 30 %	0 %	50 %	10 %

Bei Zugabemengen, die zwischen dem Standardwert und der wertbaren Zugabemenge von Asphaltgranulat liegen, wird der anzusetzende Wertungsvorteil linear interpoliert. Zugabemengen über der benannten wertbaren Zugabemenge Asphaltgranulat sind möglich und erwünscht führen aber nicht zu einem weiteren Wertungsvorteil.

Der Wertungsvorteil erstreckt sich auf die Positionen 355.2, 355.3.01 bis 355.3.06 und 355.3.07.10.

Eine Verwendung von Asphaltgranulat in lärmoptimierten Deckschichten (z.B. LOA oder PMA) ist ausgeschlossen.

Um einen Wertungsvorteil berücksichtigen zu können ist mit Angebotsabgabe die Zugabemenge von Asphaltgranulat in den bituminösen Schichten verbindlich zu benennen und auf Verlangen der Vergabestelle die Erstprüfung vor Auftragserteilung einzureichen.

Anzugebende Anteile Asphaltgranulat (Bieterangabe) - Straßenbau

Fahrbahn		vom Bieter anzugeben	vom Bieter anzugeben
Schicht	Asphaltmischgutart	Pos.-Nr.	%-Anteil
Asphaltdeckschicht	AC 8 D S		
	AC 8 D N		
	AC 11 D N		
	AC 11 D S		
Asphaltbinderschicht	AC 11 B N		
	AC 16 B S		
	AC 22 B S		
Asphalttragschicht	AC 16 T N		
	AC 22 T S		
	AC 32 T S		
Splittmastixasphalt	SMA 5 S		
	SMA 8 S		
	SMA 11 S		
Gussasphalt	MA 11 N		
Tragdeckschicht	AC 16 TD		
Wasserdurchlässige Asphalttragschicht	WDA 0 22		
Asphaltbinder HSF	AC 16 B – HSF		
Gehweg			
Schicht	Asphaltmischgutart	Pos.-Nr.	%-Anteil
Asphaltdeckschicht	AC 5 D L		
Asphalttragschicht	AC 16 T L		